

## Antrag

der Fraktion der CDU

### MDR-Standort Thüringen stärken - zügige Novellierung des MDR-Staatsvertrags

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- I. dem Landtag einen Sofortbericht über den aktuellen Verhandlungsstand zum MDR-Staatsvertrag zu geben und dabei insbesondere auf eventuell geplante neue Investitionen am MDR-Standort Thüringen in Verbindung mit dem trimedial ausgerichteten Umbaukonzept "MDR 2017" einzugehen;
- II. sich bei den Verhandlungen zwischen den Staatskanzleien der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über eine Novellierung des MDR-Staatsvertrags für eine grundlegende Änderung des Vertragswerks dahin gehend einzusetzen, dass zukünftig eine gleichgewichtige Entwicklung der MDR-Standorte gewährleistet und eine Benachteiligung Thüringens ausgeschlossen wird;
- III. dem Landtag bis spätestens zum 31. August 2020 einen Entwurf für einen novellierten MDR-Staatsvertrag vorzulegen, der eine verbindliche, zwischen den drei Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ausgeglichene und gerechtere Aufteilung der gemeinsamen und überregionalen Aufgaben sowie auch der damit verbundenen Ressourcen der gemeinsamen Drei-Länder-Rundfunkanstalt einschließen soll.

#### Begründung:

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014 über den ZDF-Staatsvertrag zur Frage der staatsfernen Zusammensetzung, einer größeren Transparenz und stärkeren Betonung der Geschlechtergerechtigkeit der ZDF-Gremien ergibt sich auch ein Novellierungsbedarf für den MDR-Staatsvertrag vom 30. Mai 1991. Im Zuge dieser anstehenden Novellierung besteht zugleich die Möglichkeit, durch entsprechende Änderungen und Festlegungen im novellierten Vertragswerk die bislang bestehende Ungleichbehandlung der drei MDR-Standorte Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu beenden. Die Ressourcen in den Bereichen Investitionen und Personal sind entsprechend des Rundfunkbeitragsaufkommens an den jeweiligen Standorten so aufzuteilen, dass künftig eine gleichgewichtige Entwicklung der MDR-Standorte gewährleistet und eine Benachteiligung des Medienstandorts Thüringen ausgeschlossen ist.

Für die Fraktion:

Bühl